

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

55. Sitzung des Reichstages. (18. Juni.)

1 Uhr. Am Ende des Bundesrates Fürst Bismarck, Delbrück, von Kamke, v. Stoß, Campenhausen, Michaelis u. a.

Abg. Hartkort interpellirt den Reichskanzler, ob der Proces, welcher im Mai 1872 noch gegen einen der bei der im Jahre 1863 erfolgten widerrechtlichen Condannation des preußischen Barkusses „Ferdinand Niess“ im Hafen von Praia befehligen Sachverständigen anhängig war, seine Endschafft erreicht hat, und dafern dies der Fall, welche Schritte der Reichskanzler zu thun gedenkt, um die Schädenansprüche der Assuradeure und Reeder des genannten Schiffes zu unterstützen, welche diese wegen widerrechtlicher Condannation und Versteigerung dieses Schiffes durch portugiesische Behörden an die portugiesische Regierung erhoben haben?

Geb. Rath v. Philippssborn: Nach Beleidigung eines Competenten, conflictus hat das mit der Entscheidung betraute Gericht erster Instanz sein Urtheil gefällt. Das Erkenntniß lautete auf Freisprechung. Gegen dies Erkenntniß hat die portugiesische Regierung Revision eingelebt, um ihrerseits nichts zu unterlassen und zu einer möglichen Auflösung und gründlichen Eledigung beizutragen. Die Sache ging an das Obertribunal zu Lissabon und dieses hat am 13. Mai d. J. davon entschieden, daß der Revision stattzugeben sei. Damit ist also das erste, freisprechende Erkenntniß aufrechterhalten. Ich darf darnach annehmen, daß auch der Proces der Sachverständigen damit erlebt ist. Auf die Details glaube ich bei dieser Gelegenheit nicht eingehen zu sollen. Ob und welche Schritte nun die Interessenten zur Gelternmachung ihrer Schadenansprüche im Civilprocesse zu thun für nötig halten, das muß dem eigenen Urtheil der Beteiligten überlassen bleiben. Erst wenn dies festgestellt ist, wird die Regierung in der Lage sein zu ermessen, ob und in welcher Weise sie im Stande sein wird, ihnen eventuell eine Unterstützung zukommen zu lassen. — Damit ist der Gegenstand erledigt.

Für die dritte Lesung des Gesetz-Entwurfes, betreffend die Einführung der Verfassung des deutschen Reiches in Elsaß-Lothringen hat Abg. Windthorst (Meppen) sein gestern abgelehntes Amendement, die Befugniss des Kaisers Verordnungen mit gesetzlicher Kraft unter Zustimmung des Bundesrates auf den Zeitraum bis zum 1. Januar 1875 zu beschränken, dahin geändert, daß der Termin bis zum 1. Januar 1876 ausgedehnt werden soll.

Abg. Krüger (Hadersleben) erneuert den gestern ausgestoßenen Rathschrei zu Gunsten der unterdrückten Elsaß- und Lothringen und den Ruf nach einer Constituante unter dem Hinweis auf Dr. Johann Jacoby und die vom Abg. Sonnemann ausgeübte Kritik der dortigen Zustände.

Abg. Reichensperger (Crefeld) weist auf den auffallenden Umstand hin, daß es nach der Gelegenheit die widerprechendsten Urtheile über die Lage in Elsaß-Lothringen laut wurden. Bald heisse es, das deutsche Element fange an zu dominieren; bald wieder, daß die Verlängerung gegen die deutsche Verwaltung in fortwährendem Wachsen sei. Er seinerseits halte die letztere Ansicht für die richtige, da man statt dem neu erworbenen Lande Vertrauen entgegen zu bringen und dadurch wieder Vertrauen zu wecken, ein stets wachsendes Misstrauen zeige. Wie verderblich müsse in einem so civilisierten Lande die drastische Behandlung der Presse wirken! Kann ein ehrliebender feinsinnender Volksstamm sich ohne Murren gefallen lassen im eigenen Hause mundtot gemacht zu werden? Noch schlimmer sei die Einschränkung der religiösen Freiheit. Die Vertreibung der Jesuiten, die Aufhebung der Schulen, die von Ordensleuten geleitet würden, hätten die überwiegend katholische Bevölkerung sehr erbittern müssen. Gläubige Eltern müßten, um ihren Kindern eine christliche Erziehung geben zu lassen, dieselben in französische Schulen schicken; da dürfe man sich doch nicht wundern, wenn die französischen Sympathien nicht erloschen wollten. Wenn Herr Miquel gestern gesagt habe, Elsaß habe Vertrauen zum Bundesrat, so zwiste er daran um so mehr, je eifrigere Nachforschungen der letztere über den Jesuitenstammkreis anstelle und je mehr religiöse Corporationen er entdecke, welche angeblich die Tendenzen der Jesuiten teilen und deshalb auch verbündet würden. Noch neuerdings seien vier religiöse Niederlassungen im Elsaß aufgelöst worden, deren Mitglieder während des Krieges sich mit gleicher Opferung der Verwundeten von beiden Seiten angenommen hätten.

Abg. Schulz (Heidelberg): Der Entwurf gibt dem Reichslande keine Verfassung, sondern nur die entfernte Aussicht auf eine solche. Was hat denn das deutsche Reich überhaupt für eine Verfassung? (Große Heiterkeit) Es besteht ja aus lauter selbstständigen Staaten. Aber das Elsaß soll nicht selbstständig werden; es ist der Helote des deutschen Reiches. (Lärm.)

Der Präsident: Der Ausdruck hätte ohne große Mühe sehr viel schicker gewählt werden können. (Heiterkeit.)

Abg. Schulz (Heidelberg): § 3 bestimmt, daß 15 elsaßische Abgeordnete in den Reichstag geschickt werden sollen. Nun hat uns aber Herr Löwe neulich gesagt, daß wir uns deshalb nicht fürchten sollen; diese 15 Mitglieder würden nur eine kleine Minorität bilden. Also sollen dieselben an den Verhandlungen dieses Hauses teilnehmen, aber nicht an seinen Beschlüssen! (Allgemeine Verwunderung und Gelächter.) Der § 8 läßt sich nur darin zusammenfassen: auch nach Einführung der Reichsverfassung soll die Dictatur in Elsaß-Lothringen fortbestehen. Das Reichsland soll kein öffentliches Leben, keine Selbstständigkeit haben. Freilich bemedenswert ist die Selbstständigkeit der deutschen Staaten nicht; in meinen Heimatlande übt der König von Preußen die Militärhoheit aus. (Läuse: Oh! Oh! der deutsche Kaiser!) Ja, der deutsche Kaiser als König von Preußen. (Gelächter.) Bayern und Württemberg haben die Militärhoheit behalten, aber unser Großherzog ist nicht mehr Herr im eigenen Hause (Abg. Prinz Wilhelm von Baden lehrt sich dem Redner mit großer Aufmerksamkeit zu.) Wir sind es hier in weit höherem Maße, als der Fürst meines Landes. (Lärm.)

Der Präsident: Diese Aneuerungen sind nicht möglich, ohne Verunglimpfung der Verfassung, unter der wir alle leben; ich warne den Redner vor einer Fortsetzung seiner Ausführungen in diesem Style; ich müßte ihn sonst zur Ordnung rufen.

Abg. Schulz: Ich habe nur ausgeführt, daß die Selbstständigkeit der Partikularisten immer mehr beeinträchtigt wird.

Der Präsident: Sie haben noch ganz andere Dinge gesagt, die ich Sie in meinem Interesse nicht zu wiederholen bitte.

Abg. Schulz: Das Elsaß soll kein unmittelbares Glied des Reiches werden; es soll keine Vertretung im Bundesrat haben. Bei der ganzen Vorlage handelt es sich überhaupt nur um eine Ausdehnung der Dictatur in die Unendlichkeit. Kommen wir Elsaß mit Freundlichkeit entgegen; beenden wir diese Willkürherrschaft und geben wir dem Lande eine gesetzliche Verfassung; dann werden wir sein Vertrauen gewinnen. Dies ist es, was ich trotz so großen Ansehungen hier aussprechen mußte. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Lurburg hält es gerade für das richtig verstandene Interesse des Reichslandes, die Frage, welche Verfassung es erhalten sollte, offen zu halten, bis seine Vertreter im Reichstage lägen. Wenn diese einen verlustigen Vorschlag machen, werde keine Partei im Hause ihn refügieren, aber es sei durchaus falsch, wenn das Haus durch eine seltene Zusammensetzung dem Urteil nach sach- und landeskundiger Männer präjudizieren wolle. (Zustimmung.)

Damit schließt die Generaldebatte; in der Specialdebatte beantragt Abg. Böll zu dem ersten Abstich des § 6, welcher lautet: „Das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag tritt am 1. Januar 1874 in Elsaß-Lothringen in Kraft“, folgenden Zusatz: „kann jedoch durch eine vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassene Verordnung noch vor diesem Zeitpunkt in Wirksamkeit gebracht werden.“ Der Antragsteller begründet sein Amendement mit dem Wunsche, bei einem etwaigen Zusammentritt des Reichstages im nächsten Januar oder Februar dem Reichsland seinen vollen Anteil an der gegebenen Gewalt zu sichern.

Abg. v. Bernuth sieht in dem Amendement eine Wiederaufnahme dessen gestrichen auf Streichung der Worte: „am 1. Januar 1874“ gestellten Antrags; er beantragt, heute über diese Worte getrennt abzustimmen.

Präsident Delbrück gesteht offen, daß bei Ausarbeitung des Gesetzes und bei Beratung des Entwurfs im Bundesrat an diese Eventualität, welcher er einen praktischen Wert allerdings kaum beilegen könne, nicht ge-

dacht sei. Gegen eine Correctur der Vorlage in diesem Sinne werde der Bundesrat voraussichtlich keinen Einwand erheben.

Das Amendement Böll wird darauf abgelehnt, ebenso die von v. Bernuth gestern und heute beantragte Streichung des Terms „am 1. Januar 1874“ und § 6 wie gestern mit Beteiligung des letzten Satzes zu Gunsten des Wahlrechts der Scheinparteien wiederum genehmigt.

Die Discussion wendet sich nunmehr dem § 8 zu.

Abg. Windthorst (Meppen): Es wurde gestern ausgeführt, der Zeitraum von einem Jahre solle zu kurz sein, um die Erfahrungen zu machen, die zur Mitwirkung an der Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen nötig sind. Ich bin nicht dieser Meinung, um aber mein Entgegenkommen zu zeigen, habe ich in meinem heutigen Amendement den Zeitraum auf zwei Jahre ausgedehnt. Bedenken Sie wohl, meine Herren, durch Annahme der Regierungsvorlage geben Sie ein höchstwichtiges Recht aus Händen, das Ihnen durch das Gesetz vom Juni 1871 gewährt worden ist. In diesem Gesetz von 1871 ist von der Octroyirungsbefugniß der Regierung in keiner Weise die Rede. Der Reichskanzler sagt uns zwar, die Regierung werde ja sicherlich von diesem durch dies Gesetz auf unbestimmte Zeit hinaus verlängerten Dictaturerecht durchaus keinen schlechten Gebrauch machen, und dielem Motiv stimmen Sie zu. Ja dann begreife ich nicht, wenn Sie dies Motiv für so vorzüglich halten, warum Sie eine solche Octroyirungsnormregel nicht generell und überall einführen, in dem Bewußtsein und in dem vollen Vertrauen, daß die Regierung keinen schlechten Gebrauch davon machen werde. So aber fasse ich das Mitwirkungsrecht einer Volksvertretung an der Gesetzgebung nicht auf. Ich gestehe, will man wirklich eine derartige Octroyirungsbefugniß achtend machen, so würde sie sich noch eher empfehlen, wenn sie auf die alleinige und absolute Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ginge und der Bundesrat gar nichts damit zu schaffen hätte.

Dann wäre wenigstens die persönliche Haftbarkeit eines verantwortlichen Menschen vorhanden; aber ein Collegium wie der Bundesrat ist ja als moralisch verantwortlich gar nicht zu fassen. Läufen wir uns doch nicht, wohin wir mit solcher Art der Gesetzgebung kommen. Wir haben es ja bei dem Befreiungsentwurf der preußischen Regierung gesehen, der jetzt dem Bundesrat vorliegt. Niemand weiß, welche Person eigentlich diesen Entwurf gemacht hat. Es wird versucht, ihn bald dem Ministerium des Innern, bald dem Reichskanzler zuzuschreiben, dessen Namen und Unterchrift er trägt. Ähnliche Dinge könnten wir auch mit Octroyirungsnormregeln erleben, wenn sie hier in diesem Gesetz wiederum voll Vertrauen der Regierung eine so weitgehende Befugniß, wie es das Octroyirungsbefugniß ist, bewilligen wollen. Und ohne irgend welche Nötigung, ohne eine tatsächliche Begründung wollen Sie Ihr Mitwirkungsrecht, was Sie nach dem Gesetz vom Juni 1871 unzweifelhaft besitzen, aus Händen geben und der Regierung in den Schoß legen? Verlassen und verläugnen Sie doch nicht so offensichtlich alle konstitutionellen Grundsätze. Und auch den Elsaß-Lothringen selbst wollen Sie mit diesem Gesetz ihr natürliche Recht nehmen, daß sie in ihren eigenen inneren Angelegenheiten bestimmt mitwirken, und wollen Sie in ihrer Landesangelegenheiten bestimmt mitwirken, ohne auf die alleinige und absolute Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu verzichten.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Rudolph Ziegler in Bassein (British Burma) zum Consul des deutschen Reichs dahest ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath Gaede bei der General-Commission zu Breslau den Titel Geheimer Regierungsrath; dem Polizeidirector Hofrichter zu Berlin bei Gelegenheit seines stattgehabten 60jährigen Dienstjubiläums den Charakter als Geheimer Regierungsrath; dem Pianoforte-Fabrikanten Karl Michael Schröder zu St. Petersburg und dem Lithographen A. M. Bergmann zu St. Petersburg das Prädikat eines Königlichen Hoflieferanten; sowie dem Schneidermeister Vogano zu St. Petersburg das Prädikat eines Königlichen Hof-Schneidermeisters verliehen.

Dem ordentlichen Lehrer der Mechanik an der Königl. polytechnischen Schule zu Hannover Leck ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Berlin, 18. Juni. [Vom Hofe.] Zu dem gestrigen Diner auf Schloss Babelsberg waren der Königl. großbritannische Botschafter mit Familie, sowie der deutsche Botschafter in London eingeladen. (R.-A.)

○ Berlin, 18. Juni. [Papiergeld.] — Denkmal.] In der heutigen Sitzung des Bundesrates stand das Gesetz über die Emission von Reichspapiergeld auf der Tagesordnung. Da der Entwurf dieses Gesetzes bereits das Product eines Compromisses unter den einzelnen Bundesregierungen ist, so wird der Entwurf im Schoße des Bundesrates wohl nicht mehr auf Widerspruch stoßen. Die Vorlage könnte demnach schon in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen, vorausgesetzt, daß die Berathungen derselben nicht ein unerwartet rasches Ende erhalten werden. In der erregten Debatte der vorigestrigen Sitzung bemerkte bekanntlich der Reichskanzler, daß er den Beschluß des Kaisers, auf die Berathung des Militärgeheges in der gegenwärtigen Session zu verzichten, nach den neuesten Vorgängen nicht für unwiderstehlich halte. Wahrscheinlich daher stammte das heute im Reichstage verbreitete Gerücht, daß der Kaiser auf die Berathung des Militärgeheges nicht verzichten wolle, und deshalb eine Verlängerung der Session in Aussicht stehe. Dem gegenüber aber macht sich mit mindestens gleich starker Glaubwürdigkeit das Gerücht geltend, daß möglicherweise der Reichstag schon unmittelbar nach Erledigung der in der Schwebe befindlichen Berathungen, also noch in dieser Woche, geschlossen werden würde. jedenfalls werden die nächsten Tage darüber eine bestimmte Entscheidung bringen. — Wie die „Prov.-Corr.“ meldet, wird die Enthüllung des Siegesdenkmals auf dem heutigen Königsplatz am 2. September stattfinden. Die Enthüllung der Bauarbeiten vor diesem Termin soll, wie ich höre, gesichert sein; auch sind bereits die vorläufigen Anordnungen über die Feier, welche einen vorwiegend militärischen Charakter haben wird, von Kaiser getroffen. Zur Ausarbeitung des eigentlichen Festprogramms wird eine aus den verschiedenen Ministerien zu beruhende Immediat-Commission zusammengetreten. — Das Comité zur Errichtung des National-Denkmales auf dem Niederwald tritt hier in den nächsten Tagen zusammen. Daraus erklärt sich die augenblickliche Unwesenheit des Ober-Präsidenten Grafen Eulenburg in Berlin, der bekanntlich den Vorstoss in dem Comité führt.

— Berlin, 18. Juni. [Die Papiergeldfrage.] — Der Parlamentsbau. — Die Consulatsgebühren. — Die Comitatem-Gesellschaften.] Der Bundesrat hielt heute Vormittag 11½ Uhr im Reichstage eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück. Es galt lediglich einer Besprechung über die Reichspapiergeldfrage, welche, wie wir ausdrücklich bemerkten, in den Ausschüssen noch nicht ventiliert worden war. Den bekannten Vorwürfen des Reichstags (1 Thlr. pr. Kopf ic.) stand der entschiedene Widerspruch der bairischen Commission entgegen, die gesetzliche Regelung der Papiergeldfrage nur mit der Banknotenfrage zu erledigen. Der Beschluß ist noch ausgelegt aber morgen zu erwarten. Außerdem wurden die gestern unerledigt gebliebenen Ausschusshandlungen bezüglich Abänderung der Gewerbeordnung und der Handelsvertrag mit Persien angenommen. — Die Reichstagscommission für den Parlamentsbau hat vorgestern wieder eine Sitzung gehalten, und es hat sich dabei herausgestellt, daß der Plan, das Gebäude im Garten des Herrenhauses zu errichten und das letztere selbst abzutragen, unausführbar ist. Zunächst wurde mit Recht besorgt, daß das Herrenhaus entschied seine Zustimmung versagen würde, wie es denn ja auch bereits abgelebt hat, einen Theil des Gartens für das Gewerbe-museum abzutreten. Nunmehr ist beschlossen, Vermessungen an der Front der Königgräzer Straße vornehmen zu lassen und zu ermitteln, ob dort vielleicht der Bau auszuführen sein wird. Ergibt sich auch hier kein Resultat, so fehlt es eben an weiteren passenden Projekten in demselben Augenblick, da der Reichstag im Begriff ist, die für den Bau erforderlichen Mittel mit 8 Millionen Thalern unter Zuschlag der Zinsen aus den von der französischen Kriegs-Contribution zu Reichszwecken reservierten 1½ Milliarden zu bewilligen.

Abg. Mosle hält die Berathung an die Budgetcommission für notwendig, ohne deshalb mit Herrn Schleiden unsere neuen, für 50 Millionen Thaler zu bauenden Kriegsschiffe mit einer Torpedovorrichtung auszustatten zu wollen, da sie sonst leicht in die Luft fliegen könnten. Der Herr Abgeordnete kündigt zugleich für die zweite Lesung einen Antrag an, im Gegenzug zu § 3 der Vorlage, den Rest von 58 Millionen Thalern, der von den

reservirten 1½ Milliarden übrig bleibt, nicht zu verteilen, sondern für die Bedürfnisse der Marine von 1875—82 und für den Nord-Ostseekanal zurückzustellen.

Abg. Richter befürwortet ebenfalls die Berathung an die Budgetcommission. Er tritt aber mit Entscheidlichkeit dem Vorschlag des Abg. Mosle entgegen. Es sei nun neuerdings genug reserviert und die Einzelstaaten könnten auch etwas von den Milliarden für die produktive Zwecke beanspruchen. Von den 100 Millionen, die der preußische Finanzminister für Preußen in Aussicht genommen, seien vielleicht nur noch 90 Millionen vorhanden. Wenn nun noch die hier restierenden, ca. 80 Millionen reserviert würden, so kämen vielleicht die Einzelstaaten sehr in Verlegenheit. Eine solche Aufhäufung von Geldern entsprechen mehr asiatischen als europäischen Anschauungen. (Sehr richtig.) Es sei beinahe eine Prämie für Verschwendung ausgekehrt, wenn Gelder ohne einen bestimmten produktiven Zweck reserviert würden.

Die Vorlage wird an die Budget-Kommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzes über die Kontrolle des Staats für das Jahr 1873. — Das Gesetz beweckt die Controle dieses Staats der preußischen Ober-Rechnungskammer zu überweisen. Es ist dadurch veranlaßt, daß das Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches nicht zu Stande gekommen und daher die Vorlegung des Gesetzes über einen Rechnungshof nicht erfolgen konnte.

Interpelliert durch den Abgeordneten Dernburg bemerkt Geheimer Rath Michaelis, der Rechnungshof habe allerdings die Bemerkungen, welche er nach der Cabinetsordre vom Jahre 1861 dem preußischen Landtag mittheilte, hat, in analogen Fällen dem Reichstage nicht mitgetheilt. Es sei aber bereits vom Reichskanzler eine Remur angedeutet worden.

In der zweiten Berathung wird der einzige Paragraph genehmigt, worauf das Haus sich um 4% Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Tages-Ordnung: Zahlreiche finanzielle Vorlagen)

Berlin, 18. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major Knappa von Knappstaedt, Commandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade, den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eisernen und dem Obersten z. D. von Schramm, bisher Commandeur des Magdeburgischen Jäger-Regiments Nr. 36, den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Rudolph Ziegler in Bassein (British Burma) zum Consul des deutschen Reichs dahest ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath Gaede bei der General-Commission zu Breslau den Titel Geheimer Regierungsrath; dem Polizeidirector Hofrichter zu Berlin bei Gelegenheit seines stattgehabten 60jährigen Dienstjubiläums den Charakter als Geheimer Regierungsrath; dem Pianoforte-Fabrikanten Karl Michael Schröder zu St. Petersburg und dem Lithographen A. M. Bergmann zu St. Petersburg das Prädikat eines Königlichen Hoflieferanten; sowie dem Schneidermeister Vogano zu St. Petersburg das Prädikat eines Königlichen Hof-Schneidermeisters verliehen.

Dem ordentlichen Lehrer der Mechanik an der Königl. polytechnischen Schule zu Hannover Leck ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Berlin, 18. Juni. [Vom Hofe.] Zu dem gestrigen Diner auf Schloss Babelsberg waren der Königl. großbritannische Botschafter mit Familie, sowie der deutsche Botschafter in London eingeladen. (R.-A.)

○ Berlin, 18. Juni. [Papiergeld.] — Denkmal.] In der heutigen Sitzung des Bundesrates stand das Gesetz über die Emission von Reichspapiergeld auf der Tagesordnung. Da der Entwurf dieses Gesetzes bereits das Product eines Compromisses unter den einzelnen Bundesregierungen ist, so wird der Entwurf im Schoße des Bundesrates wohl nicht mehr auf Widerspruch stoßen. Die Vorlage könnte demnach schon in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen, vorausgesetzt, daß die Berathungen derselben nicht ein unerwartet rasches Ende erhalten werden. In der erregten Debatte der vorigestrigen Sitzung bemerkte bekanntlich der Reichskanzler, daß er den Beschluß des Kaisers, auf die Berathung des Militärgeheges in der gegenwärtigen Session zu verzichten, nach den neuesten Vorgängen nicht für unwiderstehlich halte. Wahrscheinlich daher stammte das heute im Reichstage verbreitete Gerücht, daß der Kaiser auf die Berathung des Militärgeheges nicht verzichten wolle, und deshalb eine Verlängerung der Session in Aussicht stehe. Dem gegenüber aber macht sich mit

gen. — Die zur Beratung des Moselschen Gesetzentwurfs, betreffend die Veränderung der Consulatsgebühren für Schiffe in periodischer Fahrt, erwähnte Commission hatte gestern Abend unter dem Vorsitz des Abg. v. Denzin ihre erste und letzte Sitzung, an welcher als Vertreter des Bundesrates der Wirkl. Geh. Rath v. Philippssen Theil nahm. Der Referent Dr. Kapp sprach sich unter Mittheilung reichhaltigen statistischen Materials für Annahme des Gesetzentwurfs aus, da die betreffende Bestimmung des Gesetzes in dasselbe im vorigen Jahre nur in Folge eines Irrthums hineingekommen, mithin die Aenderung geboten sei. Der Correferent Abg. Lasse sprach sich für Ablehnung des Gesetzentwurfs aus, da ein Bedürfnis zu demselben nicht darzutun sei, der Entwurf eine Erhöhung der Gebühren enthalte — was von Seiten des Abg. Mosle entschieden bestritten wurde —, und da es sich empfehlte, die Frage bei der bevorstehenden aus andern Gründen gebotenen Revision des Gesetzes vom 1. Juli v. J. zu erledigen, wobei hoffentlich auch für gewisse Fälle eine Ermäßigung der Gebühren für die Segelschiffahrt erreicht werden würde. Herr v. Philippssen erklärte hierauf, daß der Bundesrat über den Entwurf bereits berathen und sich gegen denselben ausgesprochen habe; jedenfalls sei es zu feiern, jetzt schon an dem Gesetze vom 1. Juli 1872, dessen Revision aus anderen, zum Theil formellen Gründen in nicht zu ferner Aussicht stehe, zu ändern. Mit Rücksicht auf diese Erklärung schlug der Abgeordnete Lasse eine moltwirke Tagesordnung vor, welche indessen abgelehnt wurde. Hierauf wurde der Gesetz-Entwurf angenommen und der Abgeordnete Kapp mit schriftlicher Berichterstattung beauftragt. Ob die Frage im Plenum noch vorkommen kann, steht dahin, jedenfalls wird der Inhalt des Berichts schätzbares Material für die künftige Gesetzgebung bilden. Es hat sich inzwischen auch herausgestellt, durch eine Mittheilung der Hamburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft, daß der Antrag Mosle entschieden eine Ermäßigung der Gebühren für die Dampfschiffe in periodischer Fahrt ist, weil zwar nicht das deutsche Gesetz, doch aber die Gesetze der fremden überseelischen Staaten, welche die Dampfschiffe besuchen, dieselben zwingt, die Gebühr jedesmal zu zahlen, demnach also die Zahlung von  $\frac{1}{2}$  als eine Ermäßigung zu betrachten ist. — Man wird sich erinnern, daß im Preuß. Abgeordnetenhaus ein Antrag eingebracht worden, der dahin ging, die Commandit-Aktien-Gesellschaften zur städtischen Einkommensteuer ebenso wie die Aktien-Gesellschaften heranzuziehen. Vor Kurzem hat der Minister des Innern Erhebungen darüber angeordnet, wie hoch sich der Steuerbetrag der Aktien-Gesellschaften belaufen würde und wie weit die Stücke diese Beiträge wohl entbehren könnten. Es wird daraus geschlossen, daß die Regierung eine Regulirung der Frage im Sinne des oben erwähnten Antrages beabsichtigt. — Der Bureau-Director des Abgeordnetenhauses Geh. Rechnungsrath Kleinschmidt hat soeben eine mit großer Sorgfalt veranstaltete, sehr praktische Uebersicht über die Geschäftstätigkeit des Hauses der Abgeordneten in der Session 1871/72 erscheinen lassen. Es ist die Absicht des Verfassers solche Uebersichten auch fernerhin anzustalten zu lassen, die über die letzte Session wird in einigen Monaten im Druck vollendet sein. Zweck dieser Uebersichten ist, ein möglichst vollständiges Bild der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu gewähren. Es erscheint dies insbesondere von Bedeutung bezüglich der Gesetze. Bei diesen werden die Vorlagen der Königl. Staats-Regierung sowohl, als die Commissions- und sonstigen Anträge ihrem Wortkante nach, mit Angabe der Beschlüsse des Hauses übernommen, so daß, unter Vermeldung des zettraubenden und schwierigen Zurückgehens auf die einzelnen Drucksachen, aus der Uebersicht selbst Information darüber gewonnen werden kann, wie die Gesetze sich gestaltet haben. Die Uebersichten sind auch da zur Benutzung geeignet, wo die Drucksachen des Abgeordnetenhauses nicht vorhanden sind. Für die Session 1871/72 ist die Uebersicht nur für den Bedarf des Abgeordnetenhauses hergestellt, doch geht der Verfasser damit um, dieselbe künftig für weitere Kreise gegen einen billigen Preis zugänglich zu machen.

[Der Volkswirtschaftliche Kongress] hält in diesem Jahre seine 14. Jahresversammlung. Dieselbe findet in Wien statt in der Zeit vom 11. bis 15. August. Die Deputation des Congresses ist einer Einladung des nieder-österreichischen Congresses gefolgt, geleitet von der Absicht, mit den österreichischen Volkswirthen nähere Fühlung zu gewinnen und die Industrie-Ausstellung, welche sich alsdann auf ihrem Culminationspunkt befinden wird, zu besuchen. Die Tagesordnung des Congresses ist folgende:

1) Die Concurrenz verschiedener Frachtführer auf dem Schienenwege, insbesondere Wagenaum und Collo-Tarif. Referenten: Dr. Dorn (Trier), Dr. Alex Meyer (Berlin), Dr. Gensel (Leipzig). 2) Die Frage der Wohnungsnot in größeren Städten. Referenten: Dr. Emil Sachs (Wien), Dr. Faucher (Berlin). 3) Die Armen-Arbeitshäuser. Referenten: Richter (Danzig), Dr. Gras (Breslau). 4) Die Bedeutung und Zukunft der Haus-Industrie. Referenten: Dr. Emanuel Hermann (Wien), Dr. Renkisch (Dresden). 5) Das Sparlassenwesen. Referenten: Gustav Leonhardt (Wien), Dr. Eminghaus (Gotha).

Am dem Congress wird eine, aus Parlamentmitgliedern und angesehenen Volkswirthen bestehende Deputation des englischen Cobden-Clubs teilnehmen. Man hatte auch die sogenannten „Katheder-Socialisten“ dazu eingeladen, jedoch ohne Erfolg.

Königsberg i. Pr., 18. Juni. [Neue Revolte.] Unter den Dorfsarbeitern in Warnicken ist ähnlich wie in Brieserort gleichfalls eine Revolte ausgebrochen. Ein Arbeitssaufseher ist durch Messerstiche verwundet worden. Die 6 Haupträderführer wurden verhaftet.

Stettin, 18. Juni. [Der Postdampfer] des baltischen Lloyd „Ernst Moritz Arndt“ ist am 16. in Havre eingetroffen und hat heute von dort seine Reise nach hier fortgesetzt.

Darmstadt, 18. Juni. [Vom Hofe.] Der Kaiser von Russland ist gestern nach Ems zurückgekehrt; die übrigenfürstlichen Herrschäften, darunter der erst gestern hier eingetroffene Großherzog von Baden wohnten einer Festvorstellung im Hoftheater bei. Der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen bleibt heute noch hier.

Constance, 14. Juni. [Kaiserin Eugenie.] Die „Const. 3.“ schreibt: Ganz unerwartet ist die Kaiserin Eugenie mit dem Prinzen Louis Napoleon schon heute mit dem gewöhnlichen Zuge um 10 Uhr 45 Minuten hier angekommen und mit einem Gefolge von 3 Damen und 3 Herren in 2 offenen Wagen nach Arenenberg gefahren. Die Kaiserin war so dicht verschleiert, daß man ihre Züge nicht erkennen konnte. Der Prinz ist ein schlanker junger Mann geworden, der das schwächliche Aussehen von früher fast ganz verloren hat. Die große Nase erinnert sehr an seinen Vater, wie ihm überhaupt eine unverkennbare Ähnlichkeit mit Napoleon III. nicht abzusprechen sein wird. Das wasserblaue Auge blickt ziemlich matt und ausdruckslos, was aber von der Erfindung der Reise herführen könnte und keinen Schluss zuläßt. Das Publikum begrüßte die von ihrer einstigen Höhe Geführten durch Abnehmen der Hände; von der Begeisterung, die ihnen in England begegnete, konnte natürlich hier keine Rede sein.

Wien, 18. Juni. [Diplomaticus.] Der neu ernannte deutsche Gesandte in Konstantinopel, v. Eichmann, welcher auf der Durchreise hier anwesend ist, hatte, wie das „Tageblatt“ meldet, gestern mit dem Grafen Andrássy eine anderthalbstündige Besprechung.

Wien, 18. Juni. [Das Ausbildungskomitee] beabsichtigt, dem

Vernehmen nach, noch heute das Comptegeschäft aufzunehmen, es sollen auch vier- bis sechsmonatliche Rümmen escoupiert werden. In den Provinzialhauptstädten wird die Bildung von Spezial-Ausbildungskomitees begünstigt und sollen denselben die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Leitung der Provinzialkomitees soll in die Hände dortiger Bankinstitute, unter Bevorzugung der Comptegeschäfte gelegt werden.

In Prag ist, wie ein Telegramm von dort meldet, zur Lombardierung böhmischer Effeten bereits ein Garantiefonds von einer Million gebildet worden.

### Italien.

Rom, 15. Juni. [Der Papst zu P. Becker.] Der Jesuiten-General Pater Becker, schreibt man der Wiener „Poesie“, sprach gestern bei Gelegenheit des Empfangs der Ordensgenerale in seiner Ansrede an den Papst die sekte Zuversicht aus, daß die von Christus gestiftete heilige Kirche allen Angriffen der Hölle widerstehen und siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird, indessen konnte er nicht umhin, die Leiden und Verfolgungen, denen die treuen Söhne und Töchter des selben gegenwärtig ausgesetzt sind, schmerzlich zu belonen. Der Papst erwies darauf:

„Auch ich beklage aus tiefstem Herzensgrunde die traurige Lage, in welcher sich gegenwärtig die heilige Kirche und ihre besten Kinder befinden, und daß Gott für den Augenblick wenigstens dem Teufel die Gewalt über sie gegeben hat. Er hat, scheint es, wiederholen wollen: haec est hora vestra et potestas tenebrarum (das ist eure Stunde und die Macht der Finsternis). Aber woher kommt, wenn nicht vom Fürsten der Finsternis und von Deneben, welche seinen Eingebungen folgen, die grausame Wuth, unschuldige Personen zu verfolgen, welche in der Einsamkeit der Klöster leben, um zu beten, zu studiren und die Kirche zu verbrennen. Woher der Hass, welcher sie antriebt, den Heiligen Stuhl seiner Stützen und das gläubige Volk der Priester zu berauben, welche ihm die Sacramente reichen und das Wort Gottes predigen, wenn nicht vom Teufel selbst und von seinen Helferschwestern in Menschenfests, welche den Glauben zerstören und den Katholizismus womöglich ausrotten möchten? Aber in all' dieser großen Trübsal trostet mich zwei Gedanken. Erstens müssen die Gemüther Deiter, welche Gott liebt, mit Leid und Trübsal heimgesucht werden: quia acceptus eras Deo, necesse fuit, ut tentatio probaret te. (Weil du Gott angenommen warst, mußtest du verlockt werden.) So erklärte der Engel dem alten, frommen Tobias seine Heimsuchungen, und so wird die jetzt gereinigte Kirch'herrlicher und kräftiger aus ihren Leiden und Verfolgungen hervorgehen, und die religiösen Orden werden die Schlachten des Herrn nur um so mutiger kämpfen, wenn sie die Anfeindungen der Hölle überstanden haben, die Alles zu zerstören sucht, was das Antlitz Gottes, der Religion und der Kirche trägt. Der andere Grund meines Trostes und meiner Hoffnung ist der Geist der Frömmigkeit, der sich jetzt überall mächtig erhebt. In jedem Winde der Welt, wohin der Name Jesu Christi gedrungen ist, betet man jetzt für die Kirche. Dieser Geist ist ein untrügliches Zeichen, daß die Hilfe Gottes nicht mehr fern ist. Die Strafen der Kirche, welche über ihre Räuber kommen, sind aber eine andere mächtige Waffe, welche Gott zur Befähigung seiner Feinde anwenden wird. Ich habe schon ein andermal erzählt, was einem Manne, den ich gekannt, begegnet ist, aber ich will es Euch wiederholen. Als ich einst in einem Hause armer Leute weiltete, sah ich einen Mann von gutem Hause auf mich zutreten, und er bat mich um ein Almosen. Aber wie, sagte ich, gehörst du nicht zu jener wohlhabenden, ja reichen Familie, welche Mitglied einer großen Actiengesellschaft war, die für Millionen Kirchengüter gekauft hat? Seit jenem Augenblicke, antwortete mir jener Mann mit Brüinen im Auge, seit jenem Augenblicke ging unser Reichthum wie Rauch aus, und ich bitte nur um eine kleine Unterstützung, damit ich in meinen Geburtsort zurückkehre und am häuslichen Heerde meine Sünden im Stillen abbüßen kann. Ich erzählte diesen Fall nicht, weil er einzeln dasteht, nein, es ist Vielen so gegangen, und noch vielen Andern wird es in Zukunft ebenso ergehen. Gebe doch Gott, daß alle Kirchenräuber in sich gehen und daß sie ihre Sünden bereuen und sich bekehren. Vertrauen wir auf Gott, welcher jorng auf Die herniederholt, welche Böse thun: ut perdat de terra memoriam eorum (um ihr Andenken von der Erde zu vertilgen). Empföhlt ihm Alles, was der Kirche nöthigt, und diesen alten Mann, daß er ihm Kraft gibt, für Alle zu beten, für Deutschland, Frankreich, Österreich, die Schweiz, England, Spanien, Portugal und für dieses arme Italien.

### America.

Lima, 27. April. [Die gesetzige und sittliche Bildung in Peru — Naturereignisse.] Aus dem Congresse.] Auch darin, schreibt man der „R. 3.“ kennzeichnet sich der liberale Hauch, der seit Pardo's Regierungs-Antritt durch die politische und sociale Atmosphäre geht, daß ein aus clerical Aemtlichkeit gegründetes Comité für Studirende der hiesigen Universität aufgelöst wird. Die jungen Leute, wenn auch noch nicht in das Berufsleben eingetreten, sollen doch fühlen, daß sie den Erziehungsmitteln der Schule entwachsen sind und von nun an selbstthätig an der Entwicklung ihrer moralischen und intellektuellen Kräfte zu arbeiten haben. Diese wie manche andere Maßnahmen haben die Clericals in große Sorge und Aufregung versetzt, sie seien die Art an ihre bisherige Alleinherrschaft gelegt, und ihr Bresorgan bringt ihnen Alarmus gegen die kirchenfeindlichen Absichten der Regierung. Auch will dasselbe aus bester Quelle wissen, daß das Ministerium in den letzten geheimen Commissionsitzungen des Congresses Vollmachten verlangt hat, um in Verhandlungen mit der Curie wegen Säcularisation der Klöster treten zu dürfen, deren Güter und Einkünfte wieder in den freien Verkauf gelangen und zur Besteitung des Cultusbudgets verwandt werden sollen. — So sehr die peruanische Hauptstadt auch nach dem läblichen Zielpunkt streift, in die Reihe der gröberen Culturstadt einzutreten, ein Umstand wird immer auf die Reise ihrer Entwicklung ein sehr bedenkliches Licht werfen, das sind die fast jeden Sonntag sich wiederholenden Stiergeschäfte. Eine unabsehbare Schaar feiner Herren und Damen wie dunkelhaarige Eingeborene strömt dann nach der Arena hin, um sich an der blutigen Thierehre zu erläutern. Die Aufregung der idyllistischen Mengen steigt um so höher, wenn Pferde oder Bandilleros von den wütenden Stieren tödlich verwundet werden. Stirbt so ein armer Teufel — quod tal, er hat nicht mehr als seine Schuldigkeit gethan, er ist ja ein Mensch, defen Leben keinen anderen Zweck hat, als den süßen Pöbel, höhern und niedern, zu ergößen; Niemand rekt doran, daß eine alte Mutter, Weib und Kind einer harren; man schleift seine Leiche mit derselben Gleichgültigkeit vom Kampfplatz wie einen getöteten Stier, das Publikum erörtert kritisch den Fall eine Minute, dann öffnet sich wieder eine Pforte; ein neues Tier rennt hervor, die Musik rauscht dazwischen und rasch ist der Arme vergessen. So war es wieder Sonntag (21. April); ein mächtiger Stier mit ragenden Hörnern mähte, gereizt von einem Feger, unerwartet einen weiten Satz, durchbohrte seinem Gegner die Brust und schleuderte ihn hoch in die Luft, daß er tot zur Erde fiel. Die Peruaner schaffen weichmütig die Todesstrafe ab, gründen zahlreiche Wohlthätigkeits-Inst. für Wittwen und Waisen, preisen in tausend schwungbaren Liedern die bodenlose Tiefe ihres edlen Herzens und ziehen dann jeden Sonntag nach der Plaza de Armas, als wenn sie so auch ihren blutigen Instinkte die nötige Expansion gewähren müßten. — Wie in der alten Welt, so haben auch in der neuen schwedliche Überbeweckungen stattgefunden, die meilenweit nicht nur die Saaten und große Pflanzungen zerstört haben, sondern ganze Städte in Trümmer verwandelt. Besonders ist die argentinische Republik in den Staaten Tucuman und Rioja davon betroffen worden, deren Siedlungen in vielen beweglichen, an Freunde gerichteten Briefen hier viel Thellnabde gefunden haben. Auch die Berichte der Präfekte aus dem Innern Peru melden von ungewöhnlich heftigen Regengüssen, die viel Unglück im Gefolge hatten. Eine furchtbare Katastrope brach über Piscoabamba ein, heftiges Städtchen der Provinz Andahuaylas, herein; ein vom Regen reich genährtes Berggewässer bahnte unerwartet seinen Weg in die Thalgänge und unterwarf durch seine reichende Flutemasse einen hohen Sandberg, bis endlich mitten in dunkler Nacht der Berg unter donnerndem Geräusch zusammenbrach und fast die Hälfte des Städthofs unter seinem Sange begrub. — Indem ich schließlich die letzten wichtigeren Arbeiten des Congresses verzeichne, so wurde die Einführung der Salpetermonopolis bis zum 1. September verschoben, die Weiterführung der Staatsbahnen, besonders der Oroyaline, genehmigt, die Mittel zum Bau eines neuen Regierungs- und Parlamentsgebäudes bis zur Höhe von drei Millionen Soles für beide Paläste bewilligt, endlich ein Geleghvorschlag der Regierung zur Einigung und Abtragung der Staatschulen angenommen, und ihr die Ermäßigung erhoben, zur Deckung des Deficits achtprozentige Schatzscheine, die binnen drei Jahren wieder eingelöst werden müssen, auszugeben. Die Debatten über ein Bankgesetz sind ohne Ergebnis geblieben und bis zum Zusammentritt des nächsten Congresses (28. Juli 1874) vertagt.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 19. Juni. [Domherre v. Richthofen.] Wie man hört, schreibt die „Spen. Zeit.“, wird der Breslauer Domherre v. Richthofen seitens des Staats in allen seinen Rechten als Domherre geschützt werden. In erster Linie wird er also sein Gehalt, das den Domherren jetzt wieder direct vom Staate zugeht, fortbeziehen. Er wird nach wie vor seine eventuellen Wahlrechte u. ausüben dürfen. Da die Maßregeln des Fürstbischöfss gegen Hrn. v. Richthofen vor den Erlass der Kirchengesetze fallen, so wird dieser Schutz sich nicht auf jene Gesetze, wohl aber auf den bisherigen Rechtsbestand in Preußen beziehen.

— [Besitzveränderungen in der Provinz.] Brauerei zu Königswalde, Kreis Neurode, Veräußerter verheilte Gutsbesitzer Müller, Käufer Brauemeister Ischöpe. — Freigut nebst Mühl zu Tamis und Braubach, Kreis Glatz, Veräußerter Mühlenbesitzer Gaebel, Käufer Müllermeister Richter. — Mühlenbesitz zu Herrndorf, Kreis Groß-Glogau, Veräußerter Dr. med. Meyrath zu Herrndorf, Käufer Müllermeister Bräuer zu Koitz bei Parchim. — Freigut daselbst, Käufer Pastor Meißner aus Görlitz. — Rittergut Wittersdorf, Kreis Löwenberg, Veräußerter Rittermeister und Rittergutsbesitzer John auf Wittersdorf, Käufer Lieutenant Braun aus Dobbertin bei Gießen. — Wassermühle zu Nieder-Grunau nebst zugehöriger Landwirtschaft, Veräußerter Müllermeister Scholz zu Nieder-Grunau, Käufer Müllermeister Höhne zu Wittenberode. — Freigut zu Peitzwitz, Kreis Goldberg, Veräußerter Freigutsbesitzer Dügler, Käufer Gutsbesitzer Döring beide zu Peitzwitz.

Liegnitz, 18. Juni. [Todesurteil.] In der heute stattgefundenen Schwurgerichts-Verhandlung gegen den Schaffner Langner aus Sarnowka bei Sarnow, welcher am 24. November v. J. bei Groß-Läsitz seinen Prinzipal, den Viehhändler Hielsser und dessen Sohn ermordete, wurde Langner nach dem Spruch der Geschworenen wegen vorsätzlicher Tötung mit Überlegung vom Gerichtshof zum Tode verurtheilt. Der Andrang seitens des Publikums zu der Verhandlung, welche mit einer Stunde Pause von heute früh bis Nachmittag 4 Uhr dauerte, war sehr stark.

— Hirschberg, 18. Juni. [Die Marmorbrüche bei Kaufung.] Eisenbahnprojekt. — Blüschlag-Meteor. — Die reichen Marmorbrüche am Kuhberg bei Kaufung, aus denen einst Friedrich der Große das Material zum Bau des neuen Palais bei Sanssouci entnahm, die aber in neuerer Zeit in Verfall gerathen waren, weil sich der Transport schwierigkeiten wegen, die Ausbeutung nicht lohnte, sollen jetzt einen neuen, vorausichtlich sehr lohnenden Angriff erfahren. Zur leichten Fortführung der dort lagernden unermesslichen Schätze beabsichtigt der gegenwärtige Bürgermeister der Brüche, Herr Vanquier Blumberg in Jauer, eine schmalspurige Lokomotivbahn zu erbauen, welche an einer neu projektierten Haltestelle, östlich vom Rohrbacher Tunnel, in die Gebirgsbahn einmünden soll. Die mit mysterieller Genehmigung vom Ingenieur Stiller aus Berlin unternommenen Vorarbeiten schreiten einem günstigen Abschluß entgegen, welcher die Überwindung der Terrainschwierigkeiten, die bei der bedeutenden Steigung der Linie leicht heraushält, nachweisen wird. Die ministerielle Genehmigung zur wirklichen Ausführung der hohen Interessen Bahn wird dann höchstens nicht verlängert werden. Das Material der Brüche soll vorläufig lediglich der Kalkbrennerei dienen, bis der tiefer liegende niedrige Marmor bloß gelegt ist. Das Gelungen des Unternehmens ist nicht nur im Interesse der Umgegend, sondern in dem der Niederschlesischen Marmor- und Kalk-Industrie überhaupt dringend zu wünschen. — Seit vorigem Freitag ziehen täglich Gewitter über unser Thal; am Sonnabende entzündete der Blitz in Rommelsbach eine dem Vorwerksbesitzer Mende gehörige Scheuer. — Gestern Abend um 8 Uhr 42 Minuten wurde hier ein überaus glänzendes Meteor beobachtet. Dasselbe bestand in einer Feuerkugel, die sich in der scheinbaren Größe eines großen Billardballs am südlichen Himmel ohngefähr von dem Punkte der halben Höhe der Mittagslinie aus in grader, wenig abwärts geneigten Linie nach Westen zu bewegte und dann im Farbenspiel von Roth, Blau und Grün in viele kleinere Stücke zerplaste. In der Bahnlinie hinterließ das Meteor einen leichten Streifen, dessen westliche Hälfte sehr bald ein leichter Staubwirbel bildete, das nach und nach in Zickzackabschnitten sich zusammenstob und noch nach 9 Uhr deutlich sichtbar war.

— Oppeln, 18. Juni. [Der Herr Ober-Präsident Freiherr v. Nordenflycht] traf heute Vormittag  $\frac{1}{2}$  9 Uhr mit dem Courierzuge in Begleitung des Ober-Präsidial-Rathes Herrn Regierungs-Rath v. Bästrow auf dem hiesigen oberschlesischen Bahnhofe ein und wurde von dem Herrn Reg.-Präsident v. Hagemeyer, Oberstleutnant Urz, Major Grüner, Landrat Freiherr v. Dalwigk und Bürgermeister Göß empfangen. Dasselbe begab sich hierauf nach dem Regierungs-Gebäude, wo selbst um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr eine Vorstellung der Spiken nicht nur der Verwaltungs-, sondern auch der übrigen hiesigen Königl. Behörden und des Herrn Exzessor und Stadtpräfekten Pösch stattfand. Um 10 Uhr begann die Session des Regierungs-Collegiums, welche nach erfolgter Vorstellung der Mitglieder der Herr Oberpräsident mit einer Ansprache eröffnete, an deren Schlusser das Collegium erfuhrte, ihm zu seiner Informierung über Oberschlesien und dessen Verwaltung die wichtigsten Gesichtspunkte nunmehr vorzutragen. Nachdem der Herr Regier.-Präsident diese Ansprache erwidert hatte, folgten die Vorträge der einzelnen Decernenten über Ihren Ressorts angehörige und besonders hervorzuhebende Verwaltungsgegenstände. An diese um  $\frac{1}{2}$  Uhr beendete Session schloß sich ein Besuch des Rathauses an, wo der Magistrat und der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung vorstellte und eine Besichtigung der verschiedenen Localitäten vorgenommen wurde; hierauf begab sich der hr. Ober-Präsident nach dem Gymnasium, woselbst die Vorstellung des Lehrer-Collegiums durch Hrn. Gymnasial-Director Dr. Stiller stattfand, und endlich zur Besichtigung des alten in der Verwaltung des Domänen-Fiscus befindlichen Schlosses. — Des Nachmittags fand beim Hrn. Regierungs-Präsidenten ein Diner statt, an welchem gegen 30 Geladene von hier und auswärts, unter ihnen Hrn. Exzessor Pösch, teilnahmen. Die Rückreise des Hrn. Ober-Präsidenten erfolgte heute Abend mit dem Courierzuge.

F. Gleiwitz, 18. Juni. [Alt-katholische Begräbnisse veranlaßten den hiesigen Pfarr-Administrator Biermann zu einer Beschwerde respektive Anträge bei der Königlichen Regierung zu Oppeln, auf welche Herr Biermann und in Abschrift der hiesige Magistrat folgenden Bescheid erhalten hat:]

Oppeln, 11. Juni 1873. Die Beschwerde Euer Hochwürden vom 9. Juni c. über den Magistrat darf selbst wegen Anordnung des Begräbnisses von Alt-katholiken auf dem Communalkirchhof



69. Spiritus fest, pr. Juni 100 Liter 100% 45%, pr. August-September und pr. September-October 47%. Kaffee unverändert; geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 15, 90 Br., 15, 80 Gd., pr. Juni 15, 80 Gd., pr. August-December 16, 40 Gd. Wetter: —

Liverpool, 18. Juni. Vormittags. [Bau im Wölle.] (Anfangsbericht). Muthmäßiger Umsatz 10,000 Ballen. Ruhig, Preise unverändert. Tagesimport 8000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische, 1000 B. ostindische.

Liverpool, 18. Juni. Nachmitt. [Bau im Wölle.] (Schlussbericht) Umsatz 12,000 Ballen, davon 9% für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig.

Middle Orleans 9%, middl. amerikanische 8%, fair Dholera 6%, middl. fair Dholera 5%, good middl. Dholera 4%, middl. Dholera 4, fair Bengal 3%, fair Broach — new fair Domra 6%, good fair Domra 6%, fair Madras —, fair Pernam 9%, fair Smyran 6%, fair Egyptian 9%.

London, 18. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht) Fremde Zufuhren seit letztem Montag Weizen 18,030, Gerste 7,160, Hafer 9,110 Quells.

Der Markt schloss für sämtliche Getreidearten bei schlechtem Geschäft zu unveränderten Preisen, nur Hafer höher. — Wetter: Regen.

Glasgow, 18. Juni. [Roh Eisen.] Mixed numbers warrants 105 Gb.

Amsterdam, 18. Juni. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht) Weizen unverändert, pr. October 360, pr. November 355, Roggen loco ruhig, pr. October 204. Raps pr. October 406 fl. Rübbel loco 40%, pr. Herbst 41, pr. Mai 1874 42. — Wetter: schön.

Bremen, 18. Juni. Petroleum matt, Standard white loco 15 Mark 65 Pf.

# Breslau, 19. Juni, 9% Uhr Vorm. Am heutigen Markt war im Allgemeinen sehr schwache Kauflust, bei starkerem Angebot, Preise daher schwach preishaltend.

Weizen in mittlerer Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8% bis 9% Thlr., gelber 8% — 9% Thlr., feinste Sorte 9% Thlr. bezahlt.

Roggen schwach bezieht, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr., feinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste ruhiger, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr., weiße 6% bis 6% Thlr.

Hafer matter, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erdbeeren ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5% — 5% Thlr.

Widen ruhig, pr. 100 Kilogr. 4% — 4% Thlr.

Lupinen schwach offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3% — 3% Thlr., blaue 3% bis 3% Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5% — 6% Thlr.

Mais ohne Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5% — 5% Thlr.

Hefzaaten ohne Umsatz.

Schlaglein matter.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat... 8 20 — 9 — 9 15 —

Winter-Raps... 8 15 — 9 5 — 9 20 —

Winter-Rüben... 7 20 — 8 — 8 25 —

Sommer-Rüben... 7 15 — 8 — 8 20 —

Leinrotter... 7 — 7 10 — 8 —

Rapssuchen unverändert, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinuchen mehr bezieht, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr — rothe 12—16% Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., höchstens über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8% — 10% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3% — 4 Sgr.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolfs Teleg.-Bureau.)

Versailles, 18. Juni, Abends. Die Nationalversammlung beschloß, nachdem Baragnon seinen Bericht, welcher die Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung Ranc's vorschlägt, vorgelegt, hierüber morgen zu berathen.

Paris, 18. Juni, Abends. „Havas“ meldet: Ranc ist nach London gereist, um sich einer etwaigen Präventivhaft zu entziehen. Das radicale „Journal petit de Lyonais“ zu Lyon wurde suspendirt.

Paris, 18. Juni, Abends. Die Section des oberen Handelsrathes für die Prüfung der Frage der Rohstoff- und Flaggenzuschlagssteuer nahm den Bericht Laurentis, der sich für die Abschaffung dieser Steuern ausspricht, entgegen. Die Section billigt den Bericht. Der gesammte Handelsrat wird baldigst den Gegenstand erörtern. Die legitimistischen und orleanist. Journale tadeln die Haltung der bonapartist. Zeitungen; sie erinnern an die Nothwendigkeit der Selbstverleugnung für alle conservativen Parteien, um den Sieg über den Radicalismus aufrecht zu erhalten.

Die Nationalversammlung wird nächstens die Discussion über das Armeereorganisationsgesetz beginnen und dürfte sich darauf vertagen.

Das „Journal de Paris“ dementirt, daß Maßregeln gegen auswärtige Journale vorbereitet werden.

Genf, 18. Juni. Die Kaiserin von Russland ist gestern Abend 10 Uhr hier eingetroffen und wird sich den heutigen Tag über hier aufzuhalten. Morgen wird dieselbe nach Stuttgart abreisen und ab dann mit dem Kaiser in Ems zusammentreffen.

Bern, 18. Juni. Der Bundesrath hat die beiden neuen Genfer Gesetze betreffs der Organisation des katholischen Cultus und betreffs der Theilnahme an den Gemeindewahlen genehmigt.

Rom, 18. Juni. „Voce della Verita“ veröffentlicht die Rede des Papstes bei dem jüngsten Empfang des Cardinal-Collegiums, worin der Papst wiederholt gegen die Usurpatoren des päpstlichen Staates und gegen das Gesetz, betreffend die Kirchengräte, protestirt und jede Idee einer Versöhnung zurückweist. Die Rede spricht sich tadelnd über die Theilnahme der Geistlichkeit an dem Leichenbegängnis Rattazzi zu Alessandria aus, da Rattazzi ohne die Trostungen der Religion gestorben. Die Königin Isabella traf mit ihren Töchtern am Bahnhofe ein und wurde von zwei Prälaten begüßt und nach dem Vatican geleitet, woselbst sie vom Papst empfangen wurde.

Rom, 18. Juni. Der Ministerpräsident Lanza hat sich heute nach Turin begeben, um dem Könige das Gesetz über die religiösen Körperchaften zur Sanction vorzulegen und denselben Vortrag über die gegenwärtige parlamentarische Lage zu halten.

Petersburg, 18. Juni. Von der Chiwa-Expedition sind die folgenden Nachrichten hier eingetroffen: Am 26. Mai fand die Vereinigung der Orenburgischen Truppen-Abtheilung mit der auf der Halbinsel Mangischlak zusammengezogenen Colonne statt. Die beiden vereinigten Detachements schlugen am folgenden Tage die ihnen gegenüberstehenden feindlichen Truppen in die Flucht und nahmen Godtschit mit Sturm. Am 1. Juni wurde nach bestigem Widerstande die Stadt Mangit eingenommen. Der General Kaufmann hat den Amur-Datia in einer Entfernung von 35 Werst von Chiwa überschritten. (Ausführung der bereits im Morgenbl. mitgetheilten Depesche.)

### Literatur.

\* Die Nr. 24 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Die Alten und die Jungen in Österreich. Von H. B. Oppenheim. — Zur Geschichte der republikanischen Partei in England. Von Karl Blind. — Weltausstellungsbriebe. II. Wien und das Portemonnaie der Ausstellungsbücher. Von Leo Brachvogel. — Literatur und Kunst: Eitel. Von Hermann Lingg. — Heinrich Langs religiöse Reden. Von Theobald Ziegeler. — Der deutsche Roman der Gegenwart. Von Adolf Rutenberg. — Aus der Hauptstadt: Der Schach in Berlin. Von Julius Stettheim. — Offene Briefe und Antworten. Betreffend volkswirtschaftliche Literatur. Von Professor Dr. G. Schmoller und Prof. H. v. Scheel. — Zur Charakteristik der Berliner Zeitungspreise. — Notizen. — Literatur.

Chriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin. Heft VII. Berlin, 1873. Verlag der Königl. Geh. Oberhofbuchdruckerei.

Dieses Heft enthält einen Wiederabdruck der Geschichte eines patriotischen Kaufmanns J. C. Gohlowsky. Er erzählt selbst, wie es ihm unter Fried-

rich dem Großen ergangen, namentlich bei Gelbnegociationen und schließt: „So löpnet die Welt.“ Es ist ihm nämlich herlich schlecht ergangen, worüber schon Eberle's Geschichte des preuß. Staates sich ausspricht, was hier jedoch weiter ausgeführt wird. So erhalten wir eingehende Ausschüsse aus jener Zeit.

Aug. Seydel.

### Berliner Börse vom 18. Juni 1873.

#### Wechsel - Oeffn.

	Divid. pro	1871	1872	Zf.
Amsterdam 2500fl.	107	4%	139 bz	4
do. do.	2 M.	4%	137% bz	4
Augsburg 100 fl.	2 M.	5	56,14 G.	4
Frankf. M. 100 fl.	2 M.	5	56,14 G.	4
Leipzig 330 Thir.	8 T.	6%	99% G.	4
London 1 Lst.	3 M.	6	61,9% bz	4
Paris 300 Frs.	107	5	79 bz	4
Petersburg 1000 fl.	3 M.	5	88% bz	4
Warsch. 90 fl.	8 T.	5	80% bz	4
Wien 150 fl.	8 T.	5	83% B. 1/2 G.	4
do. do.	2 M.	5	87% B. 1/2 G.	4

#### Fonds und Gold-Sparcas.

	Freiw. Staats-Anleihe	1871	1872	Zf.
Staats-Anl. 4% 1/2	47	99% bz	39% bzB.	4
ditto consolid.	47	104,4% bz	111 bz	4
ditto 4% 1/2	96% bz	182 bzG.	4	
Staats-Schuld-Anleihe	3%	98% bz	72% bz	4
Präm. Anleihe v. 1856	3%	91% bz	107bz	4
do. do.	10%	125% bz	221 bz	4
Berlin-Nordb.	10%	12	48% bz	4
Berliner Nordbahn	10%	12	58% bz	4
Berl.-Potsd.-Mag.	14	8	132% bz	4
Berl.-Statth.	11%	124% bz	179 bz	4
Böh. Westbahn	8%	5	99% bz	4
Breslau-Freib.	9%	7	114% bz	4
do. nsu			103% bz	4
Görl.-Minden	11%	97% bz	145% bzB.	4
do. do. neue	5	5	108% bz	4
Cuxhav.Eisenbahn				4
Dux-Bodenbach	5	5	57% bz	4
Gal.-Ludw.-B.	8%	7	97% bz	4
Halle-Sorau-Guben	4	5	52% bz	4
Hannover-Altenb.	5	5	70 bz	4
Kaschau-Oderberg	5	5	70% bz	4
Kronpr.-Rudolb.	5	5	71% bz	4
Ludwigslust	11%	11	18% G.	4
Märk.-Posener	0	5	50 bz	4
Magdeb.-Halberst.	8%	8	131% bzG.	4
Magdeb.-Leipzig	16	4	254% bz	4
do. Lit. B.	4	4	95% bz	4
Mainz-Ludwigsfel.	11	10	165% bz	4
Ndschl.-Märk.	13%	13%	154% bz	4
Oberschles. A. u. G.	13%	13%	179% bz	4
do. D.	13%	13%	157% bz	4
Oestr.-Fr.-St.-E.	12	10	196% bz	4
Oester.-Nord.-St.-B.	5	5	124% bz	4
Ostpreuss. Südb.	0	5	111% bz	4
Rechte.-O.-Bahn	3	6	123% bz	4
Beichemberg-Pard.	4	4	69% bz	4
Rheinisch.	10%	9	144% bzB.	4
Rhein-Nahe-Bahn	5	5	37% bz	4
Sunam. Eisenb.	5	38	50% bz	4
Schweiz-Westbahn	2%	5	41% bz	4
Stargard-Posen	4%	4	90% bz	4
Täubinger	10%	9	137% bz	4
Waßnach-Wien	12%	5	81% bz	4

#### Hypothen-Certificate.

	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion.	5	5	104% bz
Berlin Nordbahn	5	5	57% bz	4
B				